



28. OKTOBER, 2004

Thema Grundeinkommen: Wichtiger als die soziale Dreigliederung

 artikel

IM GESPRÄCH MIT MICHAEL OPIELKA

**MAGAZIN
INFO3**
ARTIKEL
PROBEABO
AUTOREN
BASEMENT
ENGLISH
FRANCAIS
PROJEKTE
THEMA
KONTEXT
SERVICE
MEDIADATEN
LINKS
STELLENMARKT
INFO3-SHOP
ADRESSEN
GUESTBOOK
WIR
IMPRESSUM
TEAM
KONTAKT© Info3-Verlag
1998-2004

Thema Grundeinkommen: Wichtiger als die soziale Dreigliederung

Von Interview

Müssen wir uns darauf einstellen, dass es mit anhaltender Arbeitslosigkeit auch bei uns immer mehr arme Menschen gibt? In der sozialwissenschaftlichen Literatur kursiert ein trauriges Zahlenbeispiel zu diesem Thema: Da werden die westlicher postindustriellen Gesellschaften als 70:20:10-Gesellschaft" bezeichnet: Demnach werden 70 Prozent dieser Gesellschaft nie arm, wogegen 20 Prozent sich in der Nähe der Armutsgrenze befinden und 10 Prozent arm sind. info3 sprach über das Thema Armut und was man dagegen tun kann mit Prof. Dr. Michael Opielka, dessen neues Buch Sozialpolitik im Dezember im Rowohlt-Verlag erscheint. Opielka ist Hochschullehrer für Sozialpolitik an der Fachhochschule Jena, ehemaliger Rektor der Alanus Hochschule und ein Sprecher des Netzwerk Grundeinkommen.

70 Prozent nie arm, 20 Prozent an der Grenze dazu und zehn Prozent der Bevölkerung ständig von Armut betroffen - sind diese Werte aus Ihrer Sicht berechtigt?
Die 70:20:10-Formel stammt von Stephan Leibfried, der über viele Jahre der führende Armutsforscher in Deutschland war. Das sind schon relativ solide Angaben und sie gelten übrigens in dieser Form auch für die Arbeitslosigkeit. Aber mit der Formel bewegen wir uns auf der Makroebene. Zunächst müssten wir uns darüber verständigen, was wir unter Armut verstehen.

Welche Definition wird denn da zugrunde gelegt?

Lassen Sie mich das Problem einmal näher beleuchten. Nehmen wir zuerst die Argumentation der konservativ-liberalen Bundesregierung bis 1998. Da wurde die Auffassung vertreten, es gibt gar keine Armut bei uns, weil es einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe gibt durch das Bundessozialhilfegesetz und die Armut dadurch beseitigt wird. Also gab es auch keiner Armutsbericht. Die seitdem verantwortliche rot-grüne Bundesregierung hat zwar erstmals 2001 einen "Armuts- und Reichtumsbericht" vorgelegt und auf Druck der EU unterdessen auch einen "Nationalen Aktionsplan" gegen Armut. Darin wird dann behauptet, dass es zwei Maßnahmen gegen Armut gibt - wie in Zukunft das "Arbeitslosengeld II". Aber offenbar löser sie das Problem nicht. Die Rhetorik hat sich also geändert. Die Politik praktisch nicht.

Lässt sich Armut überhaupt international vergleichen?

Sicherlich wäre das, was bei uns als Armut angesehen wird, in weiten Teilen der Dritten Welt und auch schon in Osteuropa Lebensstandard einer Mittelschicht, wenn Sie z. B. bedenken, dass das Arbeitslosengeld II künftig auch den Besitz eines Autos zugesteht. Es gibt eine absolute, lebensbedrohliche Armut und eine relative, soziokulturelle Armut. Absolut ist bei uns praktisch keiner arm. Allerdings besteht schon die Gefahr zynisch zu sein, wenn man die ganze Welt als Vergleich heranzieht. In den europäischen Ländern und in den USA legen wir deswegen einen relativen Armutsbegriff zugrunde. Dabei gibt es in der heutigen Sozialwissenschaft zwei Betrachtungsweisen. Die eine zielt auf die Lebenslage und analysiert den Zugang der Betroffenen zu den gesellschaftlichen Ressourcen und ihre Bezüge, die sie in der Gesellschaft haben. Das ist der so genannte Lebenslagenansatz, der versucht, sehr komplexe Zusammenhänge zu berücksichtigen. Ich habe Studenten in Jena, die leber einschließlich Miete von 250 Euro im Monat, die haben ein billiges Zimmer, kein Auto und kein Handy und sie sind nicht unglücklich. Andere haben 750 Euro und es reicht nicht. Der Lebenslagenansatz macht deutlicher, dass es auch eine kulturelle Sache ist, ob jemand arm ist oder nicht.

Mit diesem Ansatz lässt sich vermutlich aber schwer argumentieren...

Für knallharte Zahlen gibt es nichts her. Deswegen geht man dann allgemein doch von Einkommen aus, obwohl das ja auch nur einer der Indikatoren ist. Allerdings schon ein aussagekräftiger. Sobald man sich im unteren Einkommensbereich bewegt, zum Beispiel der unteren zehn oder 20 Prozent der Einkommensbezieher, dann erhöhen sich die gesundheitlichen Risiken drastisch, verschlechtern sich die Bildungschancen von Kindern enorm. Das ist schon auffallend, nicht das niedrige Bildungsniveau "vererbt" sich, sondern die schlechten Bildungschancen hängen statistisch gesehen am niedrigen Einkommen der Eltern. Unsere Gesellschaft ist durchgehend monetarisiert und dem können sich nur heroische Personen entziehen. Selbstversorgung z. B. spielt kaum noch eine Rolle mit einem Prozent aller Beschäftigten in der Landwirtschaft.

Kann man nicht auch allgemein sagen, dass Geld für die Lebensgestaltung immer wichtiger wird? Man hat doch den Eindruck, dass ohne Geld für die Familien heute nichts mehr geht. Das hängt auch mit der Globalisierung zusammen. Jeder Bürger hat Produkte aus der ganzen Welt vor seinen Augen und kann potentiell alles kaufen. Viele Güter sind auch deutlich billiger geworden und zählen zur Normalität. Das wirkt sich zum Beispiel auf die Kinder aus, wei

dieser Zustand seelisch auf sie einströmt. Denken Sie doch nur mal an die Mutter oder der Vater, die sich keine Zeit mehr nehmen, ihrem Kind ein Lied vorzusingen und ihm die Lieder jetzt auf einer Kassette vorspielen. So wird das Lied der Eltern substituiert durch eine geldliche Form.

Steigt nicht auch ständig der Anspruch-Level von dem, was so sein muss ?

Grundschüler mit einem Handy habe ich vor fünf Jahren noch nicht gesehen. Heute wird erwartet, dass Schüler einen Computer haben und einen Internetzugang, das summiert sich auf 50 Euro und mehr im Monat. Das ist genau die Frage nach dem allgemeinen "standard of living." Es gibt ein soziokulturelles Existenzminimum, wie es auch im Sozialgesetzbuch XII vorgesehen ist, die Definition der Menschenwürde geht von der kulturellen Teilhabe aus, und da gehört praktisch das Handy und der PC dazu. Erinnern Sie sich nur, wie noch vor 30 Jahren darum gestritten wurde, ob man einen Fernseher pfänden darf, das hat in den 60er und 70er Jahren die Gerichte beschäftigt und davor war es das Radio.... Steht jetzt dem Kind eines Sozialhilfeempfängers ein Scout-Markenranzen zu für 60 Euro oder muss es sich mit einer billigen Kaufhausvariante begnügen - durch die es dann aber auch als "arm" identifiziert werden kann? Nun kann ich mich als Wissenschaftler nicht damit begnügen, das alles zu beschreiben, ich muss schon deuten, was heißt das. Und da sehe ich eine gewisse Ratlosigkeit hinsichtlich des "existenzsichernden" Einkommens.

Dass Armut bekämpft werden soll, ist ja in unserem politischen System einhellige Auffassung. Aber wofür soll denn die Sozialpolitik nun zuständig sein - für den Scout oder für der Billigranzen, um in Ihrem Bild zu bleiben?

Die Politik ist in der Demokratie dafür zuständig, dass alle Leute Zugang haben zu der wesentlichen Funktionen des gesellschaftlichen Systems. Das ergibt sich schon aus der Deklaration der Menschenrechte von 1948, die auch Wohnen, Gesundheit und Bildung einschließen. Es gibt in der Sozialwissenschaft dafür den Begriff der "Inklusion". In der feudalen Gesellschaft durfte, wer kein Geld hatte, nicht heiraten. Das erscheint uns heute absurd. Genauso absurd sollte es sein, dass jemand vom Gesundheitswesen oder von der Bildung ausgeschlossen wird. In der Idee der Demokratie und des Wohlfahrtsstaates ist eingeschlossen, dass es Chancengleichheit gibt. Die Ranzenfrage, das Handy oder die Schuhmarke zeigen nur, dass zur kulturellen Teilhabe gerade von Kindern mehr gehört als die Sparpolitik wahrhaben will.

Sie sprechen sich damit für soziale Grundrechte aus...

Ich bin ein überzeugter Verfechter sozialer Grundrechte. Sonst kippen ganze Gruppen weg aus dem gesellschaftlichen Kontext wie z. B. psychisch Kranke. Es ist Aufgabe der ganzen Gesellschaft, und der Staat ist das Rechtsorgan der Gesellschaft, ein bestimmtes Niveau der Teilhabe zu sichern. Allerdings muss das immer wieder neu durchdacht und an geänderte kulturelle Verhältnisse angepasst werden. Ein anderes Beispiel: In Deutschland hat sich das Teilhabe-Niveau bis vor wenigen Jahren an der männlichen Vollerwerbstätigkeit orientiert, mit dem Bild einer nur zuarbeitenden Ehefrau. In Skandinavien oder in Frankreich geht man schon viel länger von der Doppelverdienerehe aus. Nun hat sich Deutschland - vor allem natürlich seit der deutschen Einheit 1989/90 - in Sachen Geschlechterrolle den internationaler

Verhältnissen zunehmend angepasst. Aber der Arbeitsmarkt nicht: Empirisch gesehen wäre die Arbeitslosigkeit längst nicht so hoch, wenn wir noch die niedrige Frauenerwerbsquote der 1970er Jahren hätten.

Darüber spricht aber kaum jemand...

... weil er dann gleich als Antifeminist beschimpft würde. Nur ein paar konservative Autorer weisen darauf hin. Die Konservativen wollen die Individualisierung der Frauen behindern, die ist aber notwendig. Deshalb halte ich es für unsinnig, wenn man den Frauen die "Schuld" an der Arbeitslosigkeit gibt.

Ist dann die Armut der einen nicht doch irgendwie der Preis für den Fortschritt der anderen?

Es gibt heute keine größere Gesellschaft wie Deutschland, Italien oder Frankreich, die ohne Armut auskommt. Das ist eine Frage der sozialen Ungleichheit. Viele sehen Armut und soziale Ungleichheit als Sozialkonstante. Dann gibt es auch die These, dass gerade durch das deutsche Sozialsystem die Unterschiede zwischen den Gruppen festgeschrieben werden. Vor Helmut Schelsky stammte in den 1960er Jahren die These von der "nivellierter Mittelstandsgesellschaft". Es gibt demnach keine Klassen mehr, die sich gegenüberstehen, die Verteilung der Einkommen hat auch nicht mehr die Form einer Pyramide - unten breit und oben spitz - sondern eher einer Vase mit einem dicken Bauch in der Mitte und oben und unter dünneren Teilen. Der Sozialstaat hat sicher dazu beigetragen, dass diese Mittelschicht entstanden ist. Viele Länder der Dritten Welt haben das gar nicht, da gibt es nur die arme Masse und die reiche Elite. Die Frage ist: Brauchen wir die Reichen und die Armen überhaupt noch als Gruppen? Die Abschaffung des Reichtums ist wohl illusorisch, denn mit dem Einkommensreichtum ist auch Macht verbunden, der lässt sich nicht so schnell abschaffen und was ist mit den unteren zehn Prozent? Ich bin überzeugt, dass wir Armut nicht mehr brauchen. Die Vision, diese zehn Prozent abzuschaffen, ist aus meiner Sicht machbar, und durch ein Grundeinkommen wäre das zu lösen. Aber auch dann wird es Leute geben, die irgendwie Pech haben, und trotz Grundeinkommen "arm dran" sind.

Ist die Forderung nach einem Grundeinkommen nicht illusorisch? Wer soll denn so etwas durchsetzen? Die alten Kräfte der Veränderung z. B. die Gewerkschaften schreiben sich das sicher nicht auf ihre Fahnen....

Die traditionellen Kräfte müssen sich umstellen, außerdem gibt es auch noch Kirchen, Verbände und die Bürger selbst. Die Gewerkschaften beginnen festzustellen, dass die Arbeitnehmer mit einem universalistischen System besser dran sind, als wenn z. B. jetzt die Renten mit dem Rasenmäher gekürzt werden und die Gewerkschaftsvertreter in der Rentenversicherungsträgern diese kastrierten Kassen dann auch noch mitverwalten müssen. Eine Grundrente oder gar ein Grundeinkommen würde ja nicht alles abdecken und die Gewerkschaften könnten ihre Energien dann darauf verwenden, Zusatzrenten und so weiter auszuhandeln. Auch die Idee der Bürgerversicherung - ein universalistisches Konzept - wird ja zunehmend positiv beurteilt von den Bürgern. Aber insgesamt ist zu sagen, dass natürlich die marginalisierten Gruppen immer die schlechtesten Anwälte haben. Wir brauchen einflussreiche Leute wie Journalisten oder Wissenschaftler, die sich für sie einsetzen.

Grundeinkommen soll ja unabhängig von Arbeit sein. Sind wir heute nicht noch meilenweit entfernt von solchen Vorstellungen? Die Diskussion läuft ja gerade andersherum unter dem Stichwort "Workfare" statt "Welfare". Da will man ja alle Empfänger sozialstaatlicher Leistungen aktivieren.

Man kann empirisch zeigen, dass "Workfare" nicht funktioniert. Der Missbrauch wird vielleicht etwas reduziert. Aber der allergrößte Teil z. B. der Arbeitslosen wird nicht durch Druck sondern durch Anreize motiviert. Da wird der Mythos aufrechterhalten, dass die selbst schuld sind und dass sie nicht arbeiten wollen. Bei vier Millionen Leuten ist das doch absurd.

Mir geht es darum, von dieser Almosenmentalität wegzukommen. Wenn Sie zum Beispiel Kindergeld oder BAFöG beziehen, dann ist das etwas Normales und keiner schämt sich deswegen. Diese Bedürftigkeitsschiene stammt aus dem Armenrecht des frühen Kapitalismus. Da konnte man dann froh sein, dass einem etwas gewährt wurde. Das ist für mich so heute nicht mehr akzeptabel. Der moderne Sozialstaat verlangt dem Einzelnen auch einiges ab an Wissen, an Intelligenz, dann sollte er auch eine Grundsicherung gewährleisten. Um dieser Charakter deutlich zu machen, habe ich meinen Vorschlag zum Grundeinkommen "BAFöG für alle" genannt.

In Ihrer Argumentation pro Grundeinkommen greifen Sie auch auf Gedanken von Rudolf Steiner zurück.

Rudolf Steiner hat in seinem "sozialen Hauptgesetz" deutlich gemacht, dass es für das Wohl der Gesellschaft wichtig ist, durch die Arbeit des anderen zu leben. Wenn man dieser philosophischen Gedanken geistig durcharbeitet, leuchtet einem ein, dass es heilbringend für eine Gesellschaft ist, wenn die Menschen die Früchte ihrer Arbeit nicht nur für sich selbst einfordern. Die Idee des Grundeinkommens ist vielleicht ein noch wichtigerer Beitrag der Anthroposophie für die Gesellschaftsgestaltung als die Idee der sozialen Dreigliederung, weil der Blick auf die geistigen Prozesse gelenkt wird, die unsere so komplexen Gesellschaften tragen.

Da müsste aber das Menschenbild, das der Sozialpolitik zugrunde liegt, grundsätzlich verändert werden.

Das könnte schon damit anfangen, dass man mal Ernst macht mit der Menschenwürde der von Arbeitslosigkeit und Armut Betroffenen. Ich bin der Meinung, die Politik lässt es ihnen gegenüber an Respekt mangeln. So ein Vorschlag wie die Ein-Euro-Jobs zum Beispiel, der zeigt das deutlich. So bekommt die ganze Sozialpolitik auch ein schlechtes Image, die Leute fühlen sich einfach schlecht behandelt. Man kann schon Gegenleistungen erwarten, aber zuerst muss die Würde der Menschen gewahrt werden. Da spreche ich auch aus persönlicher Erfahrung: Ich komme aus einer Familie mit fünf Kindern und war auf einem Elitelyceum. Da war ich immer der Ärmste in der Klasse, aber die Verantwortlichen der Schule gingen sehr taktvoll damit um und haben zum Beispiel finanzielle Unterstützungen diskret behandelt.

In Ihrem Grundeinkommensmodell sind aber auch Einschränkungen vorgesehen, wenn jemand nicht arbeiten will...

Zu hoch darf das Grundeinkommen nicht ausfallen, ich habe 640 Euro für Alleinstehende angesetzt und maximal 1.200 Euro, sonst ist kein Anreiz gegeben, sich selbst zu bemühen

Und wer sich dem Arbeitsmarkt - aus welchen Gründen auch immer - nicht zur Verfügung stellt, bekommt die Hälfte des Grundeinkommens nur als Darlehen, deswegen auch der BAFöG-Vergleich, dafür aber völlig ohne Überprüfung der Arbeitsbereitschaft. Wer sein Leben in die Hand nehmen will, für den ist das dann die Chance, es zu tun. Und ich gehe mal davon aus, dass das die Mehrzahl der Menschen will.

Müsste da nicht auch eine Grundbildung dazukommen zu dem Grundeinkommen? Damit die Menschen diese Chance auch wirklich für sich nutzen können?

Ich neige nicht dazu, das zu verkoppeln, da bin ich eher liberal. Es geht um das Recht auf Teilhabe an Kultur, Bildung und Wissen. Der Punkt, an dem ich allerdings schon Eingriffsmöglichkeiten schaffen würde, sind die Kinder. Wenn die Eltern sich nicht hinreichend kümmern, müssen Lehrer oder Ärzte zu Anwälten der Kinder werden.

Das Interview führte Cornelia Unger-Leistner.

Buchhinweise:

Michael Opielka (Hrsg.), Grundrente in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2004; ders., Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek: Rowohlt Enzyklopädie (erscheint Dezember 2004)

INFO3 2004